

ix/ikk 8.11.18

Die **Innungskrankenkassen kritisieren** am Donnerstag den am Freitag beschlossenen Gesetzentwurf des **PpSG**. In Änderungsanträgen sei eine einseitige Verkürzung der Verjährung für Forderungen von Krankenkassen gegenüber Krankenhäusern vorgesehen. Damit schütze der Gesetzgeber die Krankenhäuser vor Rückforderungen wegen zu Unrecht abgerechneter Komplexpauschalen. Darüber hinaus lehnten die Innungskrankenkassen die Möglichkeit ab, Qualitätsanforderungen rückwirkend abzusenken.

Der Vorstand der **IKK Südwest Roland Engehausen** fordert eine **Selbstverpflichtung der Krankenkassen** analog zum FSA der Pharmaindustrie, um die aktuell herrschende RSA-Logik zu durchbrechen. „Das Prinzip „Geld für Diagnose“ führt zu Schief lagen bei Kassen und Preis-Dumping im Gesundheitswesen, da nach diesem Verteilungsmechanismus Krankenkassen dann wirtschaftlich besonders erfolgreich sind, wenn dieses Geld möglichst nicht für die gute Versorgung der Patienten investiert wird,“ so **Engehausen** am Mittwoch in Berlin. Der grenzwertige Wettbewerb der Krankenkassen um besser Diagnosen müsse auf diese Weise durchbrochen werden, so **Engehausen**.